

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Direktor: Rudolf Bröcher
Redaktions-Verwaltung: 80 841
Postfach 10011
Verlag: 80 841

Verlag: 80 841
Postfach 10011
Verlag: 80 841

Verlag: 80 841
Postfach 10011
Verlag: 80 841

Bayrische Abfrage an die Reichsregierung

Die Regierungserklärung im Landtag

München, 25. Juni. In der heute zur Entgegennahme einer Regierungserklärung einberufenen Vollversammlung des Bayerischen Landtages

gab Ministerpräsident Dr. Feld die Erklärung ab, daß das bayerische Gesamtministerium einstimmig beschlossen habe, es sei nicht in der Lage, dem Ersuchen des Reichsinnenministers, das allgemeine bayerische Uniformverbot aufzuheben, zu entsprechen, und zwar aus rechtlichen und sachlichen Erwägungen.

Rechtlich sei auf Grund der Polizeihohheit der Länder das Recht der Länder nach Maßgabe der landesrechtlichen Bestimmungen unbedenklich. Tatsächlich sei das Ersuchen des Reichsinnenministers auch nicht aus rechtlichen, sondern aus politischen Erwägungen begründet. Der Ausschluß der Parteiformen in Bayern habe sich als Mittel zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung bewährt.

Die bayerische Regierung weist den Vorwurf weit von sich, daß sie durch polizeiliche Verbote eine nationale Bewegung unterdrücken möchte. Der allergrößte Teil der bayerischen Bevölkerung will aber in der jetzigen schweren Zeit von dem Ausstrahlen der politischen Gegensätze auf der Straße nichts wissen, weil dadurch Leben und Sicherheit der Staatsbürger gefährdet, die politische Zerrissenheit des deutschen Volkes vertieft, das Wirtschaftswesen noch schwerer erschüttert und die Not der Massen noch mehr vergrößert wird. Aus diesem Grunde müssen von allen politischen Richtungen gewisse Opfer bei der Betätigung und dem Bekanntheit ihrer Meinung auf öffentlichen Straßen und Plätzen gebracht werden. Die Gefahr eines gewaltigen Umsturzes, durch den das Reich in seiner schweren Lage zusätzlich getroffen werden müßte, könnte sonst auch gegen den Willen der politischen Führer heraufbeschworen werden.

Die Verantwortung für Entschlüsse, wie sie die Reichsregierung verlangt, ist vor dem Gewissen und vor der Geschichte außerordentlich schwer, da sie die bayerische Staatsregierung ausschließlich denjenigen überlassen muß, die ungerührt der von fast allen

Ländern geäußerten schweren Bedenken auf der Durchführung solcher Entschlüsse bestehen wollen.

Immer auch die Entscheidung der Reichsregierung anzufassen wird, müßte ich doch darüber keinen Zweifel aufkommen lassen, daß die bayerische Staatsregierung, auch wenn sie die Verantwortung für die beschlossenen Maßnahmen des Reiches ablehnen muß, entschlossen ist, im Rahmen der Reichsverfassung und des Reichsrechts mit allen Mitteln und mit aller Schärfe gegen alle Versuche einzuschreiten, die öffentliche Ordnung und Sicherheit zu gefährden.

Zum Schluß der Regierungserklärung gab der Ministerpräsident bekannt, daß er dem Reichspräsidenten heute die Stellungnahme Bayerns in einem besonderen Schreiben mitgeteilt habe, in dem betont wird, daß die bayerische Staatsregierung auf dem Boden der Reichsverfassung sei und bleibe, wie sich auch die bayerische Bevölkerung von keinem anderen Reichsteil in der Ferne zum Reiche überlassen lasse. Das Haus nahm dann in Abwesenheit der ausgeschlossenen Nationalsozialisten und der der Sitzung ferngebliebenen deutschnationalen Abgeordneten mit allen gegen die Stimmen der Kommunisten eine von dem Abgeordneten Wohlmuth (Bav. Volkspartei) verlesene

Entschlüsselung

an, die ausspricht, daß der Bayerische Landtag die Staatsregierung mit aller Entschiedenheit in dem Verbleiben unterstellt, den inneren Frieden zu gewährleisten. Der Bayerische Landtag billigt es, daß die bayerische Staatsregierung an den von ihr erlassenen Verbotsmaßnahmen, sich gegen Eingriffe des Reiches mit dem Ziel der Aufhebung dieser Verbote wendet und daß sie entschlossen ist, Terror und Gewalttaten mit allen Mitteln abzuwenden.

Der bayerische Landtagsabgeordnete Dr. Pfeiffer, Generalsekretär der Bayerischen Volkspartei, ist in besonderer Mission in Berlin eingetroffen. Er hat den Auftrag, die Volkspartei Bayerns dem Reichspräsidenten persönlich zu überbringen.

Ein Angriffs- oder ein Rückzugsmanöver?

Die bayerische Abfrage, oder vielmehr die Abfrage der Bayerischen Volkspartei an den Reichsinnenminister kommt nach der Stellungnahme der Parteiführer in den letzten Tagen nicht mehr überraschend. Ihre Begründung im Bayerischen Landtag durch den Ministerpräsidenten Feld erfordert zur Verhütung einer solchen Beurteilung der Verhältnisse in Bayern sofortige Klärung. Denn es ist nicht so, wie es Herr Feld darstellt, daß der „weitestgehende“ Teil der bayerischen Bevölkerung diese Freitagsrede gegen das Reich billigt. In einem Landtag, in dem die nationale Opposition gewaltig mündlich gemacht worden ist, kann man solche Behauptungen freilich unüberwindlich aufstellen. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß die nationalen Kräfte in Bayern, die die Politik der Reichsregierung mißbilligen, stärker sind als die bisher allmächtige Bayerische Volkspartei, wie ein Blick auf die letzten Wahlergebnisse zeigt. Darum kann für die jetzige Entwicklung auch nicht die bayerische Bevölkerung verantwortlich gemacht werden, die Schuld trifft allein jene herrschende Partei, die die Stunde schwerer vaterländischer Not für geeignet halten, um die übellebte Zentrumstraditionen wieder aufleben zu lassen, die seit 1870 darin bestanden haben, immer und um jeden Preis gegen die Reichsregierung zu opponieren.

Unter diesen Umständen kann auch die Berufung auf emanzipatorische Reichsgrundzüge nur als leere Ausflucht gewertet werden. Unter dem System Brüning war es doch dieselbe Bayerische Volkspartei, die jetzt von Vergewaltigung

schreit, die vergewaltigende Ausnahmemaßnahmen gegen die nationalsozialistische Bewegung verlangt und durchgeführt hat. Und nun soll die reichsrechtlich angeordnete Wiederherstellung der Gleichberechtigung für alle politischen Strömungen ein himmelstreiches Unrecht sein! Die Volkshohheit in Ehren — aber die Rotverordnungen, die Rechte des bayerischen Staates sind lediglich übertragene Reichsrechte und sind ihre Grenze an der Reichsverfassung, die vorsieht, daß der Reichspräsident die Aufhebung jeder Ausnahmeregulation eines Landes verlangen kann. Das dürfte die Antwort sein, die der Bayerischen Volkspartei auf ihr Schreiben zuteil wird, das sie unter Umgehung der Reichsregierung direkt an den Reichspräsidenten gerichtet hat.

Dem so brüskierten Reichsinnenminister bleibt unter diesen Umständen keine andere Wahl, als nun auf die bayerische Antwort mit größter Beschleunigung die ergänzende Rotverordnung folgen zu lassen, die in der Uniform- und Demonstrationsfrage auch für Bayern anzuwendendes und lächerliches Reichsrecht schafft. Der letzte Satz in der bayerischen Regierungserklärung scheint anzudeuten, in der bayerischen Regierung einem solchen Anwalt zur Verfügung an die Reichsregierung keinen aktiven Widerstand entgegenstellen, sondern vielleicht den Reichsreg. nach Felds gescheiterten Willen. Dann ließen sich wenigstens politische Weiterungen vermeiden, die für Bayern und das Reichsganze gleich unangenehm wären.

Ditler kündigt Gegenmaßnahmen an

München, 24. Juni. In einer überfüllten Riesensammlung im Circus Krone wies Adolf Hitler auf den innerpolitischen Umschwung der letzten acht Wochen hin und stellte mit Bewunderung fest, daß es gerade der Reichspräsident v. Hindenburg gewesen sei, der die Wiederherstellung des Rechts vollzogen habe. Zentrum und Sozialdemokratie hätten das Glück, daß die heutige Regierung keine nationalsozialistische Regierung sei. Sie sollten dem Himmel danken, daß der Reichspräsident sie Papen heide und nicht Adolf Hitler. Bei einer nationalsozialistischen Regierung würde es ihnen nicht so leicht gelingen, das Bild der Verantwortlichkeit für die Taten der letzten 18 Jahre zu verwirren. Die Nationalsozialisten würden den Herrschaften der roten und schwarzen Front einen Plan ausstellen, daß ihnen Ohren und Sehen verleihe. Bayerische Minister seien es gewesen, die noch vor sechs Wochen in Berlin verhandelt hätten, daß von Reich wenigstens Wochen in Berlin verhandelt hätten, daß von Reich wegen gegen die Nationalsozialisten noch stärker einzuwirken werde, daß man die Z. verbiete. Die Reichsregierung sei ihnen so lange recht gewesen, als sie ihre verhängenen Pläne absetzte. „Wir sind entschlossen“, erklärte Hitler, „entweder durch das Reich unser Recht zu bekommen oder einen Zustand herbeizuführen, der die Unmöglichkeit dieses Vorgehens jedem eindeutig beweist.“

Wir werden in Oldenburg und Mecklenburg genau das tun, was die Bayerische Volkspartei in Bayern macht.

Dann muß das Reich eingreifen und das rechtsämtrige Verhalten der schwarzen und roten Parteien korrigieren.“ Bezüglich der Koalition mit anderen Parteien erklärte Hitler, daß die Nationalsozialisten es ablehnen müßten, die Politik der Parteien weiterzuführen. Die Nationalsozialisten seien bereit, die volle Verantwortung zu übernehmen, und könnten das tun, wenn das deutsche Volk am 31. Juli seine Pflicht erfülle. So lange könnten sie warten.

Wird v. Bombard freigelassen? Die „Saarplatz“ glaubt zu wissen, daß der von den Franzosen verhaftete Oberforstmeister v. Bombard aus Reustadt a. O. am Montag freigelassen wird.

Innenpolitik im Schatten des Wahlkampfes

Neben den ersten außenpolitischen Ereignissen von Genf und Lausanne, bei denen Deutschland um seinen gerechten Anspruch auf Gleichberechtigung einen noch immer unentschiedenen, schweren Kampf durchzufechten hat, gingen die innerpolitischen Auseinandersetzungen so ruhig weiter, als ob wir uns im tiefsten Frieden befänden. Wenn der französische Ministerpräsident Herriot erklärte, er müsse nach Paris fahren, weil seine Stellung innerpolitisch durch seine „Verhandlungspolitik“ bedroht sei, so wissen wir, daß das Gegenteil richtig ist. Herriot erwartet in Paris eine bestellte Opposition, mit deren Hilfe er in Lausanne augenzwinkernd auf einen Tardieu andert halben setzen will. Aber diese Methode verhängt bei uns nicht mehr. Einen unentwegteren Tribuspolitiker als Herriot besitzt Frankreich nicht, so daß wir von seinem Sturz nicht das geringste zu fürchten hätten. Leider kann der deutsche Reichstangler nicht nach Berlin fahren, um sich dort den Rücken stärken zu lassen. Denn in unserem Vaterland haben die Herren vom Zentrum ganz andere Sorgen als die, unsere Außenpolitik zu fördern. Ganz im Gegenteil, seit Brüning und Siegelwald aus der Reichsregierung ausgeschaltet sind, scheut man sich dort nicht, mit Hilfe der geschäftsführenden Zentrumsregierungen im Süden fast täglich dem Ausland einen innerdeutschen Jovist vor Augen zu führen, der in Wirklichkeit gar nicht vorhanden ist. Dieses Treiben geht seit dem Verlassen des Kabinetts Papen ohne Unterbrechung weiter. Kein Wunder, daß so viele deutschfeindliche Blätter, wie die „Action française“ des Herrn Leon Daudet, das bayerische Zentrum begeistert loben, weil es neue Rheinbundhoffnungen erweckt, die man nach den kollektiven Versuchen mit separatistischem Gesindel in den Jahren 1920 bis 1923 aufzugeben gezwungen war. Es ist im übrigen nicht verwunderlich, wenn selbst wohlmeinende Ausländer sich ein falsches Bild der Bedeutung der Zentrumsfronde machen, glauben doch sogar viele Deutsche, hinter dem großspürigen Auftreten des bayerischen Ministerpräsidenten oder des württembergischen Staatspräsidenten müßte die überwiegende Mehrheit der süddeutschen Bevölkerung stehen. Davon kann keine Rede sein! Auch wenn die beiden Herren noch so sehr in der Doffenheit oder auf der Vorkonferenz aufzutreten suchen, bleibt die Tatsache trotzdem bestehen, daß sie als gekürzte Größen nur noch eine Minderheit verkörpern. Hinter Herrn Feld steht gerade noch ein Drittel der bayerischen Bevölkerung. Seine Existenz hängt von der Sozialdemokratie und den Kommunisten ab, die es zusammen mit dem Zentrum in der Hand haben, den bayerischen Landtag dauernd arbeitsunfähig zu machen. Ohne Moskau wäre es mit Felds Fronde schlecht bestellt. Noch schlechter ist das württembergische Zentrum dran. Selbst bei gültiger Unterstützung durch den Kommunismus ist es in dem Augenblick ausgeschaltet, wo sich der demokratische Abgeordnete entschließt, mit der Rechten zur Bildung einer Regierung zusammenzugehen. Und die Regierungen des Demokraten und angesichts des selbstherrlichen Regiments des Herrn Holz nicht gering.

Unterfucht man nun einmal die Gründe, die das Zentrum zu seiner reichsfeindlichen Fronde geführt haben, dann kommt man letzten Endes nicht auf den Nationalismus oder gar auf staatspolitische Erwägungen, sondern auf die Sorgen der Wahlkampfszeit, die den politischen Ablauf verdunkeln, wozu man blind ist. Sie erklären, warum das Zentrum einer klaren Entscheidung aus dem Wege geht. Am Freitag der abgelaufenen Woche hätten die süddeutschen Zentrumsminister dem Reichsinnenminister ihre Antwort geben sollen, ob sie sich mit der einseitigen Regelung des Reiches hinsichtlich der Demonstrationen, und Uniformfreiheit für alle politischen Gruppen einverstanden erklärten. Die Antwort ist ausgeblieben. Statt dessen hält der Führer des bayerischen Zentrums Reden, in denen er von der Bewaffnung der bayerischen Einwohner wehren spricht. Solche Worte, die gelinde gesprochen leicht und leichtfertig sind, sollen außerhalb der weichen Grenzpläne den Eindruck erwecken, als sei die Stimmung in Bayern zur Stedebige geblieben. In Wirklichkeit sind sie für den Kenner der Verhältnisse nichts weiter als hohle Phrasen, mit denen man höchstens den billigen Beifall unentwegter Parteigänger in einer Volksversammlung erwerben kann. Denn wen wollen die Herren Schäfer und Feld bewaffnen? Doch höchstens ihre eigenen Parteilandsknecht. Von denen sind zunächst einmal zwei Drittel wie überall im Zentrum Frauen, die männlichen Mitglieder des Zentrums aber sind überwiegend so alt und so besonnen, um wegen der Frage des Uniformverbots zu einem Schicksalsspiel zu greifen. Wie aber die Wahlergebnisse auch in den ländlichen Hochburgen des Zentrums in Bayern beweisen, liegt die jüngere Generation im Lager derer, die durch das eigenmächtige Uniformverbot der bayerischen Regierung in erster Linie betroffen sind. Aus ihnen eine Einwohnerwehr zu bilden, dürfte zu Überraschungen für Herrn Feld führen.

Wundern muß man sich lediglich über die Langsamkeit der Reichsregierung. Sie bemüht sich, die vom Zentrum künftige